

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 28.04.2026)

Titel: **Rassismus und Polizeigewalt benennen,
bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!**

Antragstext

3285 Die Campusgrün BDV möge beschließen:

3286 “Die Delegiertenversammlung von Campusgrün benennt vorherrschende rassistische
3287 Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen.

3288 Der Tod von Lorenz im April 2025 durch Polizeigewalt zeigt in aller Härte, wie
3289 dringend der Kampf gegen Rassismus und institutionelle Gewalt unsere politische
3290 Arbeit prägen muss. Auch an Hochschulen erleben Personen, deren ethnisch-
3291 religiöse Abstammung nicht christlich-deutsch ist, täglich Stigmatisierungen und
3292 strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend ethnisch deutsche Gruppe müssen
3293 wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür sollten wir
3294 uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen
3295 und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen Personen mit
3296 rassistisch verankerter Diskriminierungserfahrung zuhören und ihre Perspektiven
3297 ernst nehmen, ihre Forderungen in unsere politische Arbeit integrieren, unsere
3298 Privilegien nutzen um Diskriminierung und Rassismus abzubauen und unsere eigenen
3299 Perspektiven nicht als universell setzen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen
3300 und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die
3301 sich speziell an nicht rassistisch marginalisierte Studierende richten. Konkret
3302 schlagen wir vor Kurse zu den Themen “Critical Whiteness” und “Allyship” zum
3303 Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien oder vergleichbaren Modulen zu
3304 verankern. Darüber hinaus müssen diversitätssensible Hochschulstrukturen
3305 geschaffen werden, etwa durch Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für
3306 Diskriminierungsfälle und antirassistische Schulungen für Lehrende und
3307 Verwaltungspersonal.

3308 Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von
3309 CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen
3310 politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen. Eine
3311 gerechte Aufklärung rassistischer Vorfälle wird meistens durch Betroffene,
3312 Angehörige und Aktivist*innen eingefordert, dass Communities dies einfordern
3313 müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der Politik und Behörden kommt, ist
3314 bezeichnend für die fehlende intrinsische Motivation dieser Stellen.
3315 Polizeigewalt, Rassismus und rechte Strukturen in Institutionen müssen
3316 flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden: wir stellen uns
3317 an die Seite der Forderungen der Betroffenen, Angehörigen und Aktivist*innen.

3318 CampusGrün verpflichtet sich zudem selbst, die eigene Organisation
3319 antirassistisch weiterzuentwickeln durch regelmäßige interne Workshops zu
3320 "Critical Whiteness" und Rassismuskritik, aktive Vernetzung und Zusammenarbeit
3321 mit antirassistischen Initiativen, die Berücksichtigung antirassistischer
3322 Perspektiven bei der Arbeit in Gremien und Arbeitsgruppen sowie die Schaffung
3323 von Räumen, in denen rassistisch marginalisierte Personen ihre Anliegen
3324 einbringen können, ohne Bildungsarbeit für nicht rassistisch diskriminierte
3325 Mitglieder leisten zu müssen."

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

(Antrag wurde bereits auf der 51. BMV gestellt und wiederholt vertagt)